

EIN JAHR SCHWARZ-GELB:
SPALTUNG, LOBBYISMUS, VERPASSTE CHANCEN

Schwarz-Gelb im Fakten-Check



-
- 05 **Einleitung**
- 08 **Die Klientelkanzlerin**
Angela Merkel (CDU),
Bundeskanzlerin
- 10 **Verlierer im Amt**
Guido Westerwelle (FDP),
Vizekanzler und Bundesminister des Auswärtigen
- 12 **Mister Mission Impossible**
Wolfgang Schäuble (CDU),
Bundesminister der Finanzen
- 14 **Soziales als Masche**
Ursula von der Leyen (CDU),
Bundesministerin für Arbeit und Soziales
- 16 **Der Show-Minister**
Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU),
Bundesminister der Verteidigung
- 18 **Lobby bedienen, Bürger belasten**
Philipp Rösler (FDP),
Bundesminister für Gesundheit

- 20 **Der Reglose**
Thomas de Maizière (CDU),
Bundesminister des Innern
- 22 **Der Abstauber**
Rainer Brüderle (FDP),
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
- 24 **Die Zickzackministerin**
Annette Schavan (CDU),
Bundesministerin für Bildung und Forschung
- 26 **Der Schwarze im grünen Mäntelchen**
Norbert Röttgen (CDU),
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit
- 28 **Die Ohnmächtige**
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP),
Bundesministerin der Justiz
- 30 **Der Totalausfall**
Kristina Schröder (CDU),
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- 32 **Der Ausweichkünstler**
Peter Ramsauer (CSU),
Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- 34 **Die Ankündigungsministerin**
Ilse Aigner (CSU),
Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz
- 36 **Der Abwicklungsminister**
Dirk Niebel (FDP),
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Spaltung, Lobbyismus, verpasste Chancen

Am 26. Oktober 2009 haben CDU, CSU und FDP ihren Koalitionsvertrag unterzeichnet. Zwei Tage später wurde Angela Merkel (CDU) von der schwarz-gelben Koalition im Bundestag zur Bundeskanzlerin gewählt. Zwölf Monate später stellt sich die Frage: Was bleibt von einem Jahr Schwarz-Gelb? Was macht das Kabinett, um die Zukunftsfragen unseres Landes zu beantworten? Womit beschäftigen sich die Ministerinnen und Minister von CDU, CSU und FDP? Womit die Bundeskanzlerin?

Wir nehmen das schwarz-gelbe Kabinett unter die Lupe. Der Fakten-Check macht deutlich: Union und FDP werden ihrer Verantwortung für die Zukunft unseres Landes nicht gerecht. Das erste Jahr Schwarz-Gelb war ein Jahr der verpassten Chancen. Ob bei Wachstum und Beschäftigung, bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, in der Bildungspolitik, bei der Finanzmarktregulierung, der Integration von Einwanderern, der dringend notwendigen Energiewende oder bei der Lösung globaler Probleme – in wesentlichen Fragen haben Union und FDP wichtige Zukunftschancen vertan. Stattdessen bedient Schwarz-Gelb Lobbyinteressen und Klientelgruppen und spaltet die Gesellschaft.

Weitere Informationen:

www.spdfraktion.de/faktencheck

EIN JAHR SCHWARZ-GELB:

SPALTUNG, LOBBYISMUS, VERPASSTE CHANCEN

Schwarz-Gelb im Fakten-Check



Die Klientelkanzlerin

Angela Merkel (CDU), Bundeskanzlerin

Die Dauerkrise von Schwarz-Gelb ist zur Krise von Angela Merkel geworden. Das System Merkel versagt in den politischen Herausforderungen und Richtungsentscheidungen, vor die Deutschland gestellt ist. Lange konnte sich Merkel mit ihrer Weigerung, klare Entscheidungen zu treffen, durchwursteln. Sie verhielt sich unauffällig, ging Streit aus dem Weg und wurde gerade dadurch beliebt. Doch eine Kanzlerin, die sich wegduckt, war für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands immer ein Risiko. Das fiel so lange nicht auf, wie starke Ministerinnen und Minister den Kurs der Regierung prägten. Inzwischen aber ist die Orientierungslosigkeit von Merkels Kanzlerschaft auch für sie selbst zum Problem geworden. Beobachter, die lange an Merkel glaubten, machen aus ihrer Enttäuschung keinen Hehl. „Gerade weil sie es mit den Sozialdemokraten geschafft hatte, das Land durch die Finanzkrise zu steuern, erkennt man sie in ihrem neuen Umfeld kaum wieder. Plötzlich erleben wir nicht nur die Kanzlerin in der Krise, sondern die Krise des Modells ihrer Kanzlerschaft“ (Die Zeit, 8.07.2010). Der Offenbarungseid kam mit Schwarz-Gelb. Mit einer als „Wunschkoalition“ annoncierten Mehrheit musste Merkel Farbe bekennen. Stattdessen unterschrieb sie einen Koalitionsvertrag, der nichts regelt, und gab eine Regierungserklärung, die nichts erklärt. Mit ihrem Treibenlassen der herausragenden Probleme in der Steuer- und Finanzpolitik, bei Gesundheit und Energie führte Merkel das schwarz-gelbe Kabinett ins Chaos. Das alte Rezept, sich von tatenarmer Popularität tragen zu lassen, geht nicht mehr auf. Die konfliktscheue Kanzlerin lässt Konflikte jetzt erst recht eskalieren.

Die Siegerin der Niederlagen

Merkels Aufstieg ging einher mit dem Abstieg der CDU. Sie wurde Generalsekretärin, als die Partei 1998 die Bundestagswahl verloren hatte. Sie wurde Parteivorsitzende, als die Partei im Spenden- und Korruptionssumpf versank. Sie festigte ihre Stellung, während der Wähleranteil der Union von

38,5% im Jahr 2002 auf 35,2% im Jahr 2005 und weiter auf 33,8% im Jahr 2009 sank. Merkel ist die Siegerin der Niederlagen. Sie gewann auch durch das Scheitern der CDU/CSU-Ministerpräsidenten, von Stoiber über Oettinger bis zu Rüttgers und Koch. Man sagte ihr schnell Machtinstinkt nach und nannte sie „Spielerin der Macht“. Aber Macht mit welchem Ziel für Deutschland? Es gab viel Rätselraten, was sich wohl hinter ihrer Profilschwäche verberge. Aber nicht hinter jedem Schweigen steckt Tiefsinn. Manchmal ist es einfach Ratlosigkeit und Leere. Tatsache ist: Merkel schwenkt um, wenn der Mainstream sich wandelt. Sie kam als „Kohls Mädchen“ ins Ministeramt und servierte Kohl kühl ab, als er 1999 wegen der Spendenaffäre massiv unter Beschuss kam. In den Jahren 2003 bis 2005 saß sie auf dem Trittbrett einer aggressiven neoliberalen Stimmungsmache, die den „Sanierungsfall Deutschland“ an die Wand malte, trat für die Kopfpauschale bei der Finanzierung des Gesundheitssystems und für den Stufentarif in der Einkommenssteuer ein. Sie lief mit, als Edmund Stoiber eine Kürzung der Regelsätze in der Grundsicherung um 25 Prozent forderte. Nachdem aber 2005 die marktradikale Welle gebrochen war, schwenkte Merkel um 180 Grad auf den neuen Mainstream ein und lehnte sich mit sozialen und ökologischen Akzenten an die SPD an.

Flucht in die Klientelpolitik

Merkel ist weder „marktradikale Reformerin“ noch „Klimakanzlerin“. Das eine wie das andere ist kalkulierte Inszenierung und wird zu passender Zeit geradewegs ins Gegenteil verkehrt. Die marktradikale Union wurde von Roman Herzog und Friedrich Merz konzipiert, von Merkel zuerst adoptiert, dann abgestoßen, als sie nicht mehr opportun war. Klimaschutz und Energiewende waren angesagt, als mit der SPD regiert wurde – und wurden schleunigst entsorgt, als Schwarz-Gelb übernahm.

Wofür steht Merkel? Diese Frage verfehlt ihr Politikmodell. Richtig gestellt muss sie lauten: Welche dominierende Kraft wirkt auf Merkel ein? Das zweite Kabinett Merkels hat im ersten Jahr kaum etwas zustande gebracht. Wenn unter Schwarz-Gelb etwas durchgesetzt wurde, dann waren es Lobbyinteressen. Und so zeigt sich das System Merkel auch in der beispiellosen Klientelpolitik von Union und FDP, in der Steuerbegünstigung von Parteispendern, Firmenerben und Steuerflüchtlingen, in den zugeschobenen Profiten von Pharmaindustrie und Privatversicherungen sowie in den Milliardengeschenken für Atomkonzerne. Merkel hat keine Ideen und Überzeugungen, für die sie bereit wäre, ihre Macht aufs Spiel zu setzen. Sie macht sich die Forderungen anderer zu eigen. Seit die SPD nicht mehr regiert, sind es einflussreiche Interessengruppen, die das Regierungsgeschäft dominieren. Merkel musste handeln. Ihre Autorität zerfällt. Im Herbst der Kanzlerin scheidet der Klientelismus. Als Klientelkanzlerin spaltet sie Deutschland.

Fußnote Ronald Pofalla (CDU): Minister für besondere Aufgaben und glückloser Ausputzer im System Merkel

Ronald Pofalla gilt als Mitglied von Merkels „Boygroup“. So wurde er 2005 ihr Generalsekretär. Entscheidende Eigenschaft Pofallas ist, dass er jede Windung und Wendung des Systems Merkel widerspruchslos mitvollzieht. Dabei hängt ihm das Image des ewigen Pechvogels an. Als Generalsekretär blamierte er sich mit dem Ausspruch: „Ich muss mich daran messen lassen, ob wir im Jahr 2009 im Bundestagswahlkampf 40 Prozent plus x erreichen werden“ (Süddeutsche Zeitung vom 21.02.2006). Daran gemessen war er auf ganzer Linie gescheitert, als er 2009 Chef des Bundeskanzleramtes wurde. Seitdem ist das Versagen des Kanzleramtes bei der politischen Koordinierung zu Pofallas Markenzeichen geworden.



Verlierer im Amt

Guido Westerwelle (FDP), Vizekanzler und Bundesminister des Auswärtigen

Kaum trägt Guido Westerwelle zum ersten Mal in seinem Leben echte politische Verantwortung, versagt er. Die Kritiken, die er für seine Amtsführung erhält, sind verheerend. Selten ist ein deutscher Außenminister so fantasielos und gleichgültig mit seinem Amt umgegangen. Selten hat ein Vizekanzler so rapide an Vertrauen und Glaubwürdigkeit verloren. Westerwelle ist der unbeliebteste Außenminister aller Zeiten. Innerhalb weniger Monate hat er nicht nur das Ansehen der FDP und sein eigenes Ansehen in der Bevölkerung verspielt, sondern vor allem auch das hohe Ansehen Deutschlands in der Welt aufs Spiel gesetzt. Darüber kann auch der nicht-ständige Sitz Deutschlands im VN-Sicherheitsrat nicht hinweg täuschen: Er ist keine Leistung Westerwelles, sondern eine Anerkennung für das deutsche Engagement bei Konfliktprävention und Krisenbewältigung im letzten Jahrzehnt. Eine Antwort, wie er den Sitz im Sicherheitsrat konstruktiv nutzen möchte, ist Westerwelle bislang schuldig geblieben.

Westerwelles Themen

Die Rolle des Wahlkämpfers und Innenpolitikers hat Westerwelle bis heute nicht abgelegt. Aufmerksamkeit erregt er mit vielem – nur nicht mit weitsichtiger Außenpolitik. Hartz-IV-Empfänger schmähte er der „spätromischen Dekadenz“. Auf die ersten Auslandsreisen nahm er in Vetternwirtschaftsmanier Unternehmer aus dem familiären Umfeld mit. Außenpolitik reduziert er auf Außenwirtschaftsförderung – und vernachlässigt alle anderen außenpolitischen Fragen.

Afghanistan, Iran, Nahost – Deutschland im Abseits

Bei der Bewältigung der wichtigen Krisen und Konflikte kommt Deutschland nicht mehr vor: Beim Konflikt in Afghanistan und Pakistan ist Westerwelle ein Komplettausfall – dabei muss dringend auf eine politische Lösung hingearbeitet werden. Beim Konflikt um das iranische Atomprogramm ist nicht mehr wahrnehmbar, dass Deutschland eigentlich zur internationalen Staatengruppe EU3+3 gehört, die sich gegenüber dem Iran um eine diplomatische Lösung bemüht. Im Nahen Osten wird wieder ein zarter Keim der Erneuerung des Friedensprozesses erkennbar. Doch die Bundesregierung versäumt es, eine diskrete, aber aktive Mittlerrolle einzunehmen, obwohl Deutschland bei beiden Konfliktparteien traditionell viel Vertrauen genießt. Stattdessen besteht die einzige schwarz-gelbe Entscheidung von Gewicht im schrittweisen Ausstieg aus der VN-Mission im Libanon – gerade zu einem Zeitpunkt, wo Stabilisierung wichtig wäre.

Deutschland in Europa – abgemeldet

Auch in Europa steht Deutschland im Abseits. In der EU werden zentrale Entscheidungen ohne deutsche Beteiligung gefällt. Der Euro-Rettungsschirm wurde ohne Einbindung der Bundesregierung vorbereitet. Der Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) läuft ohne angemessene Personalvertretung Deutschlands in den Führungsfunktionen. Westerwelle hat kein Gefühl für die Bedeutung Europas und die Notwendigkeit einer europäischen Abstimmung deutscher Außenpolitik.

Abrüstung – Westerwelle allein zu Hause

Zu Beginn seiner Amtszeit ließ Westerwelle keine Gelegenheit aus, den Abzug der noch in Deutschland stationierten US-Atomwaffen zu fordern. Dabei erweckte er den Eindruck, dies sei nur eine Frage von Wochen oder wenigen Monaten. Doch die Bündnispartner konnte er bis auf wenige Ausnahmen bislang nicht dafür gewinnen. Im Gegenteil: Durch seine vorlauten Vorstöße hat er dem eigentlichen Anliegen der nuklearen Abrüstung in Europa einen Bärendienst erwiesen.

Präventive Friedenspolitik – geschwächt

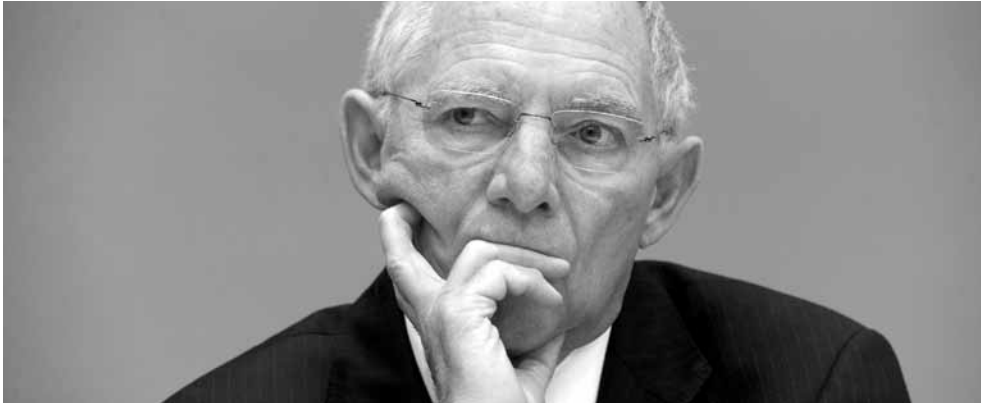
Westerwelle lässt es zu, dass die präventive Friedenspolitik über die Hintertür der Haushaltspolitik erheblich geschwächt wird. Krisenprävention: minus 30 Prozent. Abrüstung: minus 31 Prozent. Menschenrechtsförderung: minus 50 Prozent. Humanitäre Hilfe: minus 20 Prozent. Das ist der Haushalt des Auswärtigen Amtes 2011. Die deutsche Außenpolitik verliert schleichend ihr Gesicht.

Sicherheitspolitik – ohne Westerwelle

Die Sicherheitspolitik überlässt Westerwelle vollständig dem Verteidigungsminister. Befragt zur Praxis gezielter Tötungen in Afghanistan antwortete Westerwelle, in solch „militärisch-technischen Fragen“ solle man sich doch an Karl-Theodor zu Guttenberg wenden. Bei der geplanten Reform von Bundeswehr und Wehrdienst überlässt Westerwelle das Feld vollständig dem Verteidigungsminister – obwohl zentrale Grundsatzfragen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik berührt sind.

Fazit

Noch nie ist ein deutscher Außenminister so daran gescheitert, als kluger, souveräner Staatsmann die Interessen unseres Landes zu vertreten und die Werte unserer Gesellschaft zu verkörpern. Bis heute hat Westerwelle keine einzige außenpolitische Initiative von Gewicht zustande gebracht. Dass er die FDP ins Abseits führt, ist verkraftbar. Dass er die Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit und den Einfluss Deutschlands in der Welt aufs Spiel setzt, ist es nicht.



Mister Mission Impossible

Wolfgang Schäuble (CDU), Bundesminister der Finanzen

Wolfgang Schäuble ist mit viel Vorschusslorbeeren und hohen Erwartungen ins Amt des Bundesfinanzministers gestartet. Er galt als Stimme der Vernunft, der den Haushalt konsolidieren und die Risiken unter Kontrolle halten sollte, die sich aus abenteuerlichen Steuersenkungsfantasien und anderen Illusionen der Koalitionäre ergaben. Wie sich zeigen sollte: eine unmögliche Mission.

Griechenland- und Euro-Krise – Schäuble im Abseits

In der Griechenland- und Euro-Krise spielte der „Euro-Minister“ Schäuble kaum eine Rolle. Kanzlerin Merkel wollte unangenehme Wahrheiten bis nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen verschleppen, trieb damit das Risiko für den Steuerzahler nach oben und isolierte Deutschland in der EU. Den Finanzminister ließ Merkel auflaufen. Seine Vorstellungen von einem Europäischen Währungsfonds kassierte die Kanzlerin ein.

Lehren aus der „Euro“-Krise – Schäuble verrennt sich in einseitigen Ansätzen

Schwarz-Gelb glaubt, die Schuldenprobleme Griechenlands und anderer europäischer Staaten seien alleinige Folge von Verschwendungssucht und expansiver Politik. Richtig ist: Auch große ökonomische Ungleichgewichte zwischen den europäischen Staaten spielen eine Rolle. Neben Haushaltskonsolidierung und Verbesserungen beim Europäischen Stabilitäts- und Währungspakt sind eine bessere wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung und eine gesamteuropäische Wachstumsstrategie nötig. Bei Schäuble kommen solche Erwägungen allenfalls am Rande vor.

Finanzmarktpolitik nach dem Geschmack der Finanzlobby

Schäuble lässt es zu, dass Banken und Finanzbranche auch in sein eigenes Ministerium hineinregieren und im Verein mit der FDP jede weitergehende Initiative zur Regulierung der Finanzmärkte

verhindern oder verwässern. So geschehen bei der Bankenabgabe, beim Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte und beim Gesetz zur Stärkung des Anlegerschutzes.

Viel zu schnell gibt sich Schäuble auch mit den auf europäischer Ebene gefundenen, oftmals „kleinen“ Kompromissen zufrieden. Der deutsch-französische Vorstoß zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer war offenbar von Anfang an Augenwischerei. Statt mit Nachdruck für die Finanztransaktionssteuer zu kämpfen, dämpft Schäuble die Erwartungen. Statt eine Vorreiterrolle bei der Finanzmarktregulierung einzunehmen, wird Deutschland zum Bremsen und Nachzügler.

Verantwortungslosigkeit in der Steuerpolitik

Von Anfang an war klar, dass der Haushalt keinen Spielraum für weitreichende Steuersenkungen hergibt. Trotzdem haben Union und FDP den Menschen mit ihrem Steuersenkungsversprechen ein Jahr lang etwas vorgemacht – vom Bundestagswahlkampf 2009 bis zur Wahl in Nordrhein-Westfalen 2010. Statt seiner Verantwortung als Finanzminister gerecht zu werden und sein klares Veto einzulegen, schloss sich Schäuble den Steuersenkungsfantasien an.

Wie zu erwarten, erwies sich das Versprechen „Mehr Netto vom Brutto“ als glatte Lüge: Die Steuersenkungen wurden abgesagt. Durch steigende Belastungen für gesetzlich Krankenversicherte und Einschnitte bei Arbeitslosen und Familien bleibt Normal- und Geringverdienern nicht mehr, sondern weniger Netto. Hoteliers, reiche Erben und Unternehmen können sich dagegen über Milliardenengeschenke der Koalition freuen – Schäubles größter Fehler.

Sackgasse Gemeindefinanzkommission

Schäuble betont zu Recht, dass den Kommunen finanziell geholfen werden muss – tut aber das Gegenteil: Die schwarz-gelben Steuergesetze haben Städten und Gemeinden Milliarden entzogen. Die eingesetzte Gemeindefinanzkommission soll die Abschaffung der Gewerbesteuer einleiten. Auch das ein Fehler.

Sparpaket – Handbuch der sozialen Spaltung

Bei der Sparklausur der Bundesregierung ist es dem Finanzminister nicht gelungen, ein fundiertes und ausgewogenes Konsolidierungskonzept vorzulegen. Stattdessen entstand ein Handbuch der sozialen Spaltung: Milliardenkürzungen bei Erwerbslosen und Geringverdienern, Luftbuchungen und Hoffnungswerte bei den versprochenen Beiträgen der Wirtschaft. Ab 2013 überwiegen die Lücken. Ein Beitrag der Vermögenden und Spitzenverdiener fehlt. So wird Schäuble die neue Schuldenregel im Grundgesetz nicht einhalten können.

Fazit

Der Finanzminister hat die in ihn gesetzten Erwartungen enttäuscht. Bedeutungslosigkeit in der Griechenlandkrise, Zustimmung zu Klientelgeschenken, ein unsoziales Sparpaket und ein unseriöser Haushaltsplan voller Luftbuchungen. Im schwarz-gelben Chaos, das Schäuble zähmen sollte, hatte er von Anfang an die Rolle des Mister Mission Impossible.



Soziales als Masche

Ursula von der Leyen (CDU), Bundesministerin für Arbeit und Soziales

Ursula von der Leyen gehört im Meinungstrend von Umfragen und Medien zu den auffälligsten Mitgliedern im Kabinett Merkel. Mit fachlicher Kompetenz hat das wenig zu tun. Sie wird geschätzt, weil sie der glanzlosen, zerstrittenen und erschöpften CDU ein lächelndes Gesicht gibt. Nur deshalb gilt sie als universell einsetzbar. Nur deshalb war sie als Kandidatin für das Bundespräsidentenamt im Gespräch. Nur deshalb werden ihr Chancen auf die Kanzlerinnennachfolge zugeschrieben. Was aber kann sie wirklich?

Fremde Federn

Von der Leyen hat sich oft mit fremden Federn geschmückt und von den Erfolgen anderer profitiert: beim Elterngeld von Renate Schmidt, bei der Kurzarbeit von Olaf Scholz, bei der Absicherung der JobCenter von der SPD.

Missbrauch der Leiharbeit – Eine Ministerin inszeniert sich

In der Debatte um Missbrauch bei der Leiharbeit ging es von der Leyen vor allem um mediale Inszenierung. Kaum erregten Anfang 2010 unseriöse Schlecker-Praktiken öffentliche Aufmerksamkeit – Arbeitnehmer wurden entlassen und als Leiharbeiter weiterbeschäftigt –, übte sich von der Leyen in gespielter Empörung. Übrig geblieben ist davon kaum etwas. Ihr Gesetzentwurf zur Leiharbeit ändert am Kern des Problems wenig. Kein Mindestlohn. Kein eigener Ordnungswidrigkeiten-Tatbestand. Kein Verbot der Konzernleihe.

Achtung der Tarifautonomie – Von der Leyen begeht Wortbruch

Von der Leyen versicherte, sie wolle tariflich vereinbarte Mindestlöhne, und versprach, nicht in die Vereinbarungen der Tarifpartner einzugreifen. Leere Worte: Bei der Mindestlohnverordnung für

das Dachdeckerhandwerk verkürzte sie willkürlich die Laufzeit. Den Pflegemindestlohn befristete sie gegen den Willen der Tarifpartner.

Wortbruch bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Noch im April kündigte von der Leyen eine Vermittlungsoffensive für Alleinerziehende, Jugendliche und ältere Arbeitslose an. Nun werden die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik drastisch gekürzt. Allein 2011 werden zwei Milliarden Euro fehlen. Statt Arbeitschancen durch Vermittlung und Qualifizierung zu verbessern, legt von der Leyen die Arbeitsförderung lahm.

Regelsätze und Bildungsteilhabe – Die kalte Willkür von der Leyens

Im Februar erteilte das Bundesverfassungsgericht den Auftrag, die Regelsätze für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger in einem transparenten Verfahren bedarfsgerecht festzusetzen. Ganze acht Monate brauchte von der Leyen, um das Ergebnis vorzulegen. Heraus kamen eine Mini-Erhöhung der Erwachsenenregelsätze um fünf Euro und eine Nullrunde für Kinder. Nach Vorfestlegungen von FDP-Chef Westerwelle und den Haushaltspolitikern der Koalition bleibt am Ende der Verdacht, dass sich von der Leyen nicht an einem objektiven Existenzminimum, sondern ausschließlich an der Kassenlage orientierte. Trickereien bei der Berechnung deuten darauf hin, dass der Bedarf willkürlich kleingerechnet wurde. Auch das „Bildungspaket“ für Kinder ist völlig unzureichend. 12,50 Euro monatlich für Musikunterricht, Freizeit und Sportverein – das reicht hinten und vorne nicht. Vom Zuschuss zum warmen Schulmittagessen profitiert nur jedes fünfte Kind. Für die anderen wird in der Schule gar kein Mittagessen angeboten.

Unter dem Strich ist das Vorhaben von Frau von der Leyen ein glatter Täuschungsversuch: Für Regelsatzerhöhung und „Bildungspaket“ veranschlagt sie 950 Millionen Euro. Dem stehen Einsparungen bei Langzeitarbeitslosen im Sparpaket von 2,5 Milliarden Euro gegenüber. Unter dem Strich kürzt von der Leyen bei Langzeitarbeitslosen mehr als 1,5 Milliarden Euro.

Rentenpolitik – Von der Leyen abgetaucht

Vor der Rentenpolitik hat sich von der Leyen ein Jahr lang gedrückt. Dank der Überprüfungs Klausel zur Anhebung der Regelaltersgrenze muss sie dieses Jahr bewerten, ob die Anhebung des Rentenalters ab 2012 vertretbar ist. Welche Kriterien sie dabei anlegen will, konnte sie noch nicht beantworten. Auch die versprochene Bekämpfung von Altersarmut hat von der Leyen noch nicht angepackt. Stattdessen wird eine Regierungskommission eingesetzt – im Jahr 2011.

Fazit

Was von der Leyen als Arbeits- und Sozialministerin vorlegte, ist enttäuschend. Statt anzupacken, kündigt sie an. Sie verspricht vielen vieles und liefert kaum Ergebnisse. Von der Leyen gilt als modern und sozial. In Wahrheit geht sie bloß mit der Mode, inszeniert Soziales als Masche und täuscht die Öffentlichkeit. Sie entpuppt sich als kühl taktierende Konservative, die – in die Kamera lächelnd – unsoziale Politik betreibt.



Der Show-Minister

Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), Bundesminister der Verteidigung

Vor allem zu Beginn seiner Amtszeit war keine Talkshow vor ihm sicher: Karl-Theodor zu Guttenberg ließ keine Gelegenheit aus, um sich medial in Szene zu setzen und seine Selbstinszenierung als Klartext-Minister und Bundeswehrreformer zu pflegen. Er ist der Show-Minister im schwarz-gelben Kabinett. Doch wird er seinem sorgsam gepflegten öffentlichen Image auch in der politischen Realität gerecht?

Intransparenz und Widersprüche in der Kunduz-Affäre

In der Affäre um den Beschuss zweier Tanklaster bei Kundus (Afghanistan) Anfang September 2009 hätte zu Guttenberg beweisen können, dass es ihm wirklich um Ehrlichkeit und Transparenz geht. Stattdessen aber setzte er die desaströse Informationspolitik seines Vorgängers Franz Josef Jung fort.

Am 6. November 2009 behauptete er, der Luftangriff sei „militärisch angemessen“ gewesen. Am 25. November berichtete die BILD-Zeitung über einen angeblich geheim gehaltenen Feldjägerbericht. Der frühere Verteidigungsminister Jung trat zurück, zu Guttenberg entrüstete sich in Talkshows und entließ Generalinspekteur Schneiderhan und Staatssekretär Wichert, die ihm wichtige Berichte vorenthalten hätten, was diese bestreiten. Am 3. Dezember vollzog zu Guttenberg eine Kehrtwende und fand den Luftangriff plötzlich „unangemessen“.

Inzwischen ist klar: Der Feldjägerbericht enthielt keinerlei Informationen, die zu Guttenberg nicht bereits Anfang November vorlagen. Bis heute kann zu Guttenberg weder seine anfängliche Fehlbewertung des Luftangriffs noch die Entlassung von Schneiderhan und Wichert plausibel begründen.

Kapriolen um die Wehrpflicht

Als erstes Reformvorhaben beschloss zu Guttenberg im Juni 2010, die Wehrpflicht auf sechs Monate zu verkürzen – gegen den Rat aller Experten innerhalb und außerhalb der Bundeswehr. Alle gut begründeten Einwände gegen die „Praktikanten in Uniform“ und eine überhastete Umstellungkehrte der Minister beiseite. Schon zum 1. Oktober 2010 wurde die sechsmonatige Wehrpflicht eingeführt – mit dem vorhergesagten Chaos bei der Bundeswehr.

Sicherheitspolitik nach Kassenlage und auf Gutsherrenart

Im März 2010 verkündete zu Guttenberg, die Abschaffung der Wehrpflicht sei mit ihm nicht zu machen. Im Mai verkündete er mit Blick auf die Zukunft der Bundeswehr: „Der Finanzrahmen wird den strukturellen Rahmen vorgeben.“ Im Klartext: Über die Zukunft der Bundeswehr bestimmt die Kassenlage. Auftakt zu einer Selbstinszenierung als Musterknabe in Sachen Haushaltskonsolidierung. Ganze acht Milliarden Euro soll sein Ministerium zum schwarz-gelben Sparpaket beitragen. Eine gewaltige Luftbuchung, die nie Realität werden wird. Als die Kritik zu laut wurde, zeigte sich der Verteidigungsminister flexibel und verkündete, dass es „keine Armee nach Kassenlage geben darf“.

Nach wochenlanger Irrfahrt legte zu Guttenberg seine Grundsätze bei der Wehrpflicht ab und machte sich das SPD-Konzept eines freiwilligen Wehrdienstes zu eigen. Ähnlich flexibel zeigte er sich bei der Größe der Bundeswehr: Gestartet mit der Ankündigung einer Reduzierung von 250.000 auf 160.000 Soldaten, jongliert er inzwischen mit immer neuen Zahlenmodellen, ohne sich konkret festzulegen. Soldaten und Zivilbeschäftigte sind tief verunsichert und sorgen sich um ihre Zukunft.

Noch ist unklar, wohin die Reise gehen wird. Umso schwerer wiegt es, dass zu Guttenberg im brachialen Alleingang vorgeht und es versäumt, in Sachen Bundeswehrreform und Zukunft des Wehrdienstes einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Parteigrenzen hinaus zu suchen – wie es bei grundlegenden Weichenstellungen in der Sicherheitspolitik immer gute Tradition war.

Fazit

Seinem schneidigen Image wird zu Guttenberg in der politischen Wirklichkeit nicht gerecht. Der Minister erweist sich als Politiker ohne klaren Kompass und ohne feste Prinzipien. Um sein öffentliches Image zu pflegen, ist ihm kein Preis zu hoch und kein eigener Standpunkt wichtig genug. Getreu dem Motto „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“ folgt zu Guttenberg nur einer Motivation: Der medialen Selbstoptimierung.



Lobby bedienen, Bürger belasten

Philipp Rösler (FDP), Bundesminister für Gesundheit

Philipp Rösler galt als Hoffnungsträger der FDP. Mit Vorschusslorbeeren gestartet, verband Rösler seinen Verbleib im Amt mit der Durchsetzung einer großen Gesundheitsreform. Wenn das nicht gelinge, wolle ihn keiner mehr haben. Das Gesundheitssystem sollte besser werden, ohne höhere Beiträge für die Versicherten. Heute ist klar: Rösler ist gescheitert. Das Gesundheitssystem wird für die 70 Millionen gesetzlich Versicherten kein bisschen besser – aber massiv ungerechter und teurer.

Brutalstmögliche Klientelpolitik, Lobbyisten an der Macht

Rösler ist zum brutalstmöglichen Klientelpolitiker der Republik avanciert. Noch nie hat es einen solchen Siegeszug des Lobbyismus im Gesundheitswesen gegeben. Handstreichartig haben Pharmakonzerne und Private Krankensicherungen ihre Interessen durchgesetzt:

- Rösler verspricht, das Preismonopol der Arzneimittelhersteller zu durchbrechen. Fakt ist aber: Die zuständigen Kontrollinstanzen werden entmachtet, Rabattverträge kartellrechtlich blockiert. Mehrkosten für die GKV: 500 Millionen Euro.
- Rösler bezeichnet sich als Interessenwahrer aller Krankenversicherten. Fakt ist aber: Die GKV soll keine Zusatzleistungen mehr anbieten dürfen. Gewinn für die Privaten Kassen: 250 Millionen Euro. Die Frist für den Wechsel von Gutverdienern zur PKV soll auf ein Jahr herabgesetzt werden. Verluste für die GKV: mindestens 400 Millionen Euro.

Die Zeche für die Milliardengeschenke zahlen vor allem die gesetzlich Versicherten über die geplanten Zusatzprämien.

Gesundheitsreform? Das Projekt soziale Spaltung

Rösler verkauft die Erhöhung des Beitragssatzes auf 15,5 Prozent als Gesundheitsreform. Der Arbeitgeberbeitrag wird eingefroren. Zusatzbeiträge der gesetzlich Versicherten sollen unbegrenzt möglich werden. Weil für den sogenannten Sozialausgleich der tatsächliche Zusatzbeitrag der jeweiligen Krankenkasse gar nicht berücksichtigt wird, müssen die Versicherten voll zahlen. Das ist der Weg in die Kopfpauschale – ohne Sozialausgleich. Alle künftigen Kostensteigerungen bleiben allein bei den Versicherten hängen. Der sogenannte Sozialausgleich ist kompliziert, missbrauchsanfällig, wirkungslos – und politischer Betrug an jenen, die Entlastung brauchen und auf Ausgleich hoffen.

Begrenzung der Arzneimittelausgaben? Augenwischerei mit Vorsatz

Rösler hat Einsparungen im Arzneimittelbereich als oberstes Ziel ausgegeben. Zwei Milliarden Euro will er mit einem neuen Modell der Nutzenbewertung einsparen. Eine reine Fantasiesumme: Im ersten Jahr nach der Zulassung können die pharmazeutischen Hersteller die Preise für Arzneimittel mit nachgewiesenem Zusatznutzen weiter völlig frei festsetzen. Auf dieser Grundlage sollen Verhandlungen mit dem GKV-Spitzenverband über einen Erstattungspreis stattfinden. Die Hersteller wären dumm, wenn sie die zu erwartenden Rabatte nicht im Einstiegspreis berücksichtigen würden. Damit steigen die Preise im ersten Jahr sogar. Am Ende wird im besten Fall ein heute üblicher Preis stehen. Billiger werden neue Arzneimittel nicht.

„Mehrkostenregelung“? Aushebelung des Solidargedankens

Völlig inakzeptabel ist die Einführung einer Mehrkostenregelung bei den Rabattverträgen. Damit sollen Patienten andere Arzneimittel wählen können als jene, über die ihre Krankenkasse Rabattverträge geschlossen hat. Die Mehrkosten tragen die Patienten. Mit dieser Regelung kann Patienten Geld aus der Tasche gezogen werden: Sie suggeriert, rabattierte Arzneimittel seien schlechter als andere – was nicht zutrifft. Und sie bestellt das Feld für ein anderes Vorhaben: Die generelle Einführung von Mehrkostenregelungen. Dies wäre der Einstieg in ein System von Grund- und Wahlleistungen, mit dem sowohl das Solidar- und Bedarfsprinzip als auch das Sachleistungsprinzip ausgehebelt würden.

Hausärzterversorgung? Kürzungen am falschen Ende

Gesundheitsminister Rösler ist dabei, einen folgenschweren Fehler zu begehen. Ausgerechnet bei der hausärztlichen Versorgung will er 500 Millionen Euro einsparen. Damit verschärft er den Mangel an Hausärzten, von dem in Zukunft immer mehr Menschen in ländlichen Gebieten betroffen sein werden.

Fazit

Rösler bricht den Sozialvertrag einer solidarischen Gesundheitsversorgung, bedient die Lobbyinteressen von Pharmaindustrie und Privaten Krankenkassen auf Kosten der Solidargemeinschaft und belastet einseitig Gering- und Normalverdiener sowie Rentnerinnen und Rentner. Als Gesundheitsminister ist Philipp Rösler gescheitert. Wenn er sich an sein eigenes Wort hielte, müsste er zurücktreten.



Der Reglose

Thomas de Maizière (CDU), Bundesminister des Innern

Thomas de Maizière ist eine Rätselfigur der deutschen Politik. Er erscheint kühl, unbewegt, unberührt, geradezu desinteressiert gegenüber den großen Fragen, für die er zuständig ist – sei es bei der inneren Sicherheit, in der Integrationspolitik oder beim Datenschutz. Thomas de Maizière ist der Reglose. Doch wofür steht er wirklich?

Datenschutz in der digitalen Welt – Philosophieren statt Handeln

Seit vielen Monaten fahren Autos des Internet-Konzerns Google durch Deutschland und fotografieren Häuserfassaden für den Online-Dienst „Google Street View“. Was tut de Maizière? Er schaut den bunten Autos hinterher – und philosophiert, das Datenschutzrecht müsse an das Internet-Zeitalter angepasst werden. Ein einzelfallbezogenes Gesetz für Google Street View lehnt er ab. Konkrete Initiativen ergreift er nicht. Wo schnelles Handeln gefragt wäre, lässt er besorgte Bürgerinnen und Bürger allein.

Arbeitnehmerdatenschutz – Nichts gelernt

Lidl, Deutsche Bahn, Telekom, Burger King – bereits mehrfach ist die skandalöse Überwachung von Arbeitnehmern durch ihre Arbeitgeber aufgedeckt worden. Nach monatelangem Streit beschloss das Kabinett im August 2010 einen Gesetzentwurf zum Arbeitnehmerdatenschutz. Doch der zieht keine Lehren: Unter dem „Schutz“ des neuen Gesetzes finden sich Arbeitnehmer unter Beobachtung von Videokameras wieder, können mittels GPS-Systemen jederzeit von ihrem Arbeitgeber geortet werden und müssen ertragen, dass der Arbeitgeber ihre E-Mails lesen kann. So stellt sich de Maizière Privatsphäre vor.

Integration – Bundesregierung auf Verweigerungskurs

Anfang September 2010 zog de Maizière gegen vermeintliche Integrationsverweigerer zu Felde: Wer einen verpflichtenden Integrationskurs verweigere, müsse Sanktionen spüren. Doch die wahren Integrationsverweigerer sitzen in der Bundesregierung: Die Mittel für Integrationskurse stagnieren, obwohl sie dringend aufgestockt werden müssten. Schon heute müssen viele Migrantinnen und Migranten zu lange auf einen Kurs warten, weil das Geld fehlt. De Maizière lässt tausende integrationswillige Einwanderer vor den verschlossenen Türen der Sprachschulen stehen.

Auch beim Staatsangehörigkeitsrecht weigert sich der Minister beharrlich, eines der größten Integrationshindernisse zu beseitigen: das Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft. Die derzeitige Optionsregelung, wonach sich hier geborene Kinder bei Volljährigkeit zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der ihrer Eltern entscheiden müssen, behindert Integration. De Maizière lehnt eine integrationsfreundliche Lösung ab.

Fachkräftemangel – Chancen werden verschlafen

Deutschland braucht Einwanderung, um dem Fachkräftemangel vorzubeugen. Bislang wurde Arbeitsmigration stets auf Drängen der SPD erleichtert, zuletzt 2009. Doch noch immer stehen Fachkräfte, die nach Deutschland möchten, vor rechtlichen und bürokratischen Hürden. Das Einwanderungsrecht muss reformiert werden. De Maizière ignoriert die Probleme und lehnt Gesetzesänderungen ab.

Bundespolizeireform gescheitert

Die Bundespolizei hat vielfältige Aufgaben zu bewältigen – von der Sicherheit an Bahnhöfen und Flughäfen über die Grenzsicherung bis zu gefährlichen Auslandseinsätzen. Durch die noch in der letzten Wahlperiode vom damaligen Innenminister Schäuble eingeleitete Reform ist die Erfüllung dieser Aufgaben fast unmöglich geworden. Eine Evaluation der Reform wurde von der Regierung geschönt. Fakt ist: Die Reform ist gescheitert. Die SPD fordert rasches Handeln und eine ehrliche Evaluation.

Reglosigkeit bei der inneren Sicherheit

Jüngst forderte der Innenminister schärfere Sicherheitsgesetze. Aber an realistischen Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Sicherheitsarchitektur in Deutschland fehlt es. Seit das Bundesverfassungsgericht im März 2010 die Vorratsdatenspeicherung in der bisherigen Form verworfen hat, muss eine Neuregelung erfolgen. Aber Monate später ist noch immer nichts geschehen.

Fazit

De Maizière pflegt das Image des lautlos-verschwiegenen Staatsdieners. Öffentlich gibt er sich nachdenklich bis zur Schläfrigkeit. Und doch ist er Machtmensch. Er stellt staatliche Kontrolle vor Bürgerfreiheit und Datenschutz. Er kritisiert vermeintliche Integrationsverweigerer und weigert sich seinerseits, Einwanderern Türen zu öffnen.



Der Abstauber

Rainer Brüderle (FDP), Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Der Bundeswirtschaftsminister gilt als „König des Sommerlochs 2010“: Die deutsche Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt. Brüderle spricht von schwarz-gelben Leistungen. Der Haken: Allen unbefangenen Beobachtern ist klar: Mit Schwarz-Gelb hat die konjunkturelle Erholung am allerwenigsten zu tun. Sie geht zurück auf die weltwirtschaftliche Nachfrage, auf frühere Strukturreformen am Arbeitsmarkt und auf die Konjunkturpakete von 2008 und 2009 – Maßnahmen, die Brüderle und die FDP damals vehement abgelehnt hatten. Der Wirtschaftsminister schmückt sich mit fremden Federn.

Gefährdung des Wirtschaftswachstums

Wirtschaftsminister Brüderle ruht sich auf Reform-Lorbeeren der Vergangenheit aus, die er noch nicht einmal selbst verdient hat. Ein Konzept für nachhaltiges Wirtschaftswachstum hat er nicht. Die zentralen wirtschaftspolitischen Fragen lässt er unbeantwortet. Den großen Herausforderungen weicht er aus.

Viele Ökonomen sehen für 2011 eine Verlangsamung der konjunkturellen Erholung. Deutschland ist stark im Export, aber schwach auf dem Binnenmarkt. So bleibt der Aufschwung zu schmal, weil zu wenige von ihm profitieren. Notwendig wäre eine intelligente Investitionsstrategie, um den Innovationsprozess zu beschleunigen, die Binnennachfrage zu stärken und die Grundlage für nachhaltiges Wachstum zu legen. Brüderle bleibt untätig und übt sich im Schönreden.

Verweigerung von Investitionsanreizen, Vernachlässigung des Mittelstandes

Die Konjunkturpakete laufen größtenteils Ende 2010 aus. Doch weitere Stützungsmaßnahmen sind nötig, nicht zuletzt um die Kreditversorgung des Mittelstandes zu stabilisieren und dessen

Innovationsfähigkeit zu stärken. So müsste etwa die Stützung aus dem Wirtschaftsfonds Deutschland verlängert werden. Brüderle lehnt ab. Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) müsste aufgestockt werden. Brüderle bleibt untätig. Der versprochenen steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung in Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) erteilte Schwarz-Gelb eine Absage. Die Einsetzung eines Kreditmediators, mit der Brüderle der drohenden Kreditklemme vor allem größerer mittelständischer Firmen begegnen wollte, bleibt ein Feigenblatt, das die wirtschaftspolitische Blöße verdecken soll.

Zementierung des Oligopols der vier großen Energieversorger

Die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken behindert den Wettbewerb, vor allem auf dem Strommarkt. Der selbst ernannte „Wettbewerbsminister“ Brüderle sorgt mit dafür, dass die marktbeherrschende Stellung der großen Stromkonzerne zementiert wird – zulasten der kommunalen Stromanbieter. Das von Brüderle und Umweltminister Röttgen vorgelegte Energiekonzept gefährdet die Energiewende und bremst den Ausbau Erneuerbarer Energien.

Untätigkeit bei der Steinkohleförderung

Die EU-Kommission plant, die Subventionierung von Steinkohlebergwerken 2014 zu beenden. Das widerspricht der deutschen Steinkohle-Vereinbarung, wonach der subventionierte Steinkohlebergbau frühestens bis 2018 sozialverträglich auslaufen soll. Dabei muss es bleiben. Doch Wirtschaftsminister Brüderle hegt Sympathie für die EU-Pläne und weigert sich, in Brüssel für den deutschen Steinkohlekonsens zu kämpfen.

Unterwegs auf Nebenschauplätzen

Brüderle tummelt sich auf Nebenschauplätzen. Sein bisher wichtigstes Projekt: ein groß angekündigtes Entflechtungsgesetz. Nicht nur ein Sondergutachten der Monopolkommission kam zu dem Ergebnis: vollkommen überflüssig. Die eigenen Kabinettskollegen bremsten das Vorhaben aus. Wegen verfassungsrechtlicher und anderer Bedenken.

Blindes Marktvertrauen beim Breitbandausbau

Der Ausbau eines hochleistungsfähigen Breitbandes für alle Menschen in Deutschland erfordert Investitionen bis zu 50 Milliarden Euro. Um die Ausbauziele zu erreichen, müssen die Breitbandstrategie weiterentwickelt und die Förderprogramme aufgestockt werden. Doch Brüderle vertraut allein auf den Wettbewerb und delegiert die Verantwortung an den Markt. Damit nimmt er in Kauf, dass Deutschland bei der Breitbandinfrastruktur international den Anschluss verliert.

Fazit

Die derzeitige konjunkturelle Erholung findet nicht wegen, sondern trotz Schwarz-Gelb statt. Rainer Brüderle hat kein wirtschaftspolitisches Programm, bremst Investitionen aus, vernachlässigt die Industriepolitik und lässt den Mittelstand im Regen stehen. Wo sich Brüderle nicht in Klein- und Kleinstprojekten verliert, lässt er sich von großen Konzernen die Spielregeln diktieren.



Die Zickzackministerin

Annette Schavan (CDU), Bundesministerin für Bildung und Forschung

Leere Versprechungen, unstete Wendungen, hektische Sprünge – das sind die Kennzeichen der Bildungs- und Forschungspolitik von Annette Schavan. „Schavanismus“ nannten das Beobachter schon in ihrer Zeit als Landesministerin. Geändert hat sich die Zickzackministerin bis heute nicht.

Opportunistische Wendemanöver

Schavan wechselt ihre Meinung, wie es ihr opportun erscheint: Früher diffamierte sie das SPD-Ganztagsschulprogramm als „Suppenküchenprogramm“, heute fordert sie mehr Ganztagschulen. Früher kämpfte sie gegen Bundeszuständigkeiten für Bildung, heute macht sie sich die SPD-Forderung einer Verfassungsänderung für mehr Bund-Länder-Kooperation zu eigen. Früher lehnte sie den SPD-Vorschlag zur Bundesfinanzierung von Studienplätzen ab, heute lässt sie sich dafür feiern. Dass sich Schavan mit solchen Wendungen immer wieder SPD-Positionen angenähert hat, ändert weder etwas an ihrem Glaubwürdigkeitsproblem noch an ihren konservativen Grundüberzeugungen.

Privatisierung von Bildungschancen

Die Privatisierung von Bildungschancen zieht sich als roter Faden durch Schavans Politik. Dass in keinem vergleichbaren Land der Bildungserfolg derart stark von der sozialen Herkunft abhängt wie in Deutschland, ignoriert sie. Schavan setzt auf weniger sozialen Ausgleich und mehr Gebühren: Studiengebühren, Studienkredite, privates Bildungssparen, Subventionierung privater Bildungsmärkte: Gute Bildung sollen nur diejenigen erhalten, die sich gute Bildung kaufen können.

Verschwendung von Steuergeld gefährdet Bildungsinvestitionen

Schavan hat ihren Haushalt nicht im Griff. Dreistellige Millionenbeträge für die Forschungsförderung blieben ungenutzt liegen, weil Schavans Konzepte versagten. Laut Bundesrechnungshof ließ sie in nur einem Jahr über eine Milliarde Euro an Dritte überwiesen, ohne die Verwendung zu prüfen. Im Haushalt 2010 sperrte die Koalition aus Misstrauen erst einmal alle großen Schavan-Projekte. Schavan scheint völlig damit überfordert zu sein, zusätzliches Geld für Bildung und Forschung sachgerecht auszugeben.

„Scheckbuch-Politik“ statt „Bildungsrepublik“

Zwei Jahre lang haben Schavan und Kanzlerin Merkel die „Bildungsrepublik Deutschland“ versprochen, aber die Chance zu einem echten Bildungsaufbruch vertan. Mit ihrer klientelorientierten Steuerpolitik haben Union und FDP die Finanzen von Ländern und Kommunen geschwächt, obwohl diese die Hauptverantwortung für Bildung tragen. Ergebnis: Mit dem dritten „Bildungsgipfel“ ist auch die „Bildungsrepublik“ gescheitert. Nun versucht Schavan zunehmend, den Ländern die Zustimmung zu Einzel-Projekten „abzukaufen“. Eine verlässliche Basis für eine konstruktive Bund-Länder-Zusammenarbeit ist das nicht.

Neue Beliebigkeit in der Studienfinanzierung

Das Nationale Stipendienprogramm hat Schavan zu ihrem persönlichen Prestigeprojekt erklärt. Sie versprach Stipendien für 160.000 Studierende. Die massive Kritik an ihrer Gesetzesvorlage ignorierte sie. Im Bundesrat erkaufte sie sich die Zustimmung der Länder. Kaum in Kraft, motzte sie das Programm sprachlich auf („Deutschland-Stipendien“) – und kürzte es um 95 Prozent: Von den versprochenen 160.000 Stipendien jährlich bleiben gerade noch 8.000 übrig.

Parallel dazu brachte sie eine Mini-Erhöhung beim BAföG auf den Weg – als Alibi, um von der Kritik am Stipendien-Vorhaben abzulenken. Das BAföG selbst findet Schavan „altmodisch“ und „unmodern“. Im Bundesrat rettete sie ihr Stipendienprojekt und ließ das BAföG erst einmal vor die Wand fahren. Wochenlang blieben die Studierenden im Ungewissen, ob sie wenigstens mit einer kleinen Erhöhung rechnen können.

„Schavanismus“ – Ankündigen ersetzt Handeln

Die Liste der folgenlosen Ankündigungen ist bei Schavan besonders lang: 1,7 Milliarden für lokale Bildungsbündnisse, 755 Millionen für Bildungslotsen, 160.000 Stipendien, ein Bologna-Mobilitäts-Paket für 40.000 Studierende, ein Zukunftskonto fürs Bildungssparen, 1,5 Milliarden für die steuerliche Förderung forschender Unternehmen - alles beerdigt, aufgeschoben oder massiv heruntergefahren.

Fazit

Schavan hat es perfektioniert, durch hektischen Aktionismus und Ankündigungsoffensiven politisches Handeln vorzutäuschen und durch rhetorische Verschleierungstaktiken ihre wahren Absichten oder politisches Scheitern zu kaschieren. Schavan redet vom sozialen Aufstieg durch Bildung – und sorgt dafür, dass die Bildungschancen von Kindern noch stärker vom sozialen Status und vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die Zickzackministerin täuscht links an und biegt rechts ab.



Der Schwarze im grünen Mäntelchen

**Norbert Röttgen (CDU),
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Umweltminister Norbert Röttgen ist ein schwarzer Politiker im grünen Mäntelchen: Er steht für die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Doch in Interviews streut er den Menschen Sand in die Augen, als sei er ein Gegner der Atomkraft. Er redet von Erneuerbaren Energien – aber gefährdet die notwendige Energiewende. Er redet von Klimaschutz – und gibt die Vorreiterrolle Deutschlands im Kampf gegen die globale Erderwärmung auf.

Milliardengeschenke an die Atomkonzerne – auf Kosten der Sicherheit

„Nur“ acht Jahre wollte Röttgen die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängern, in der Koalition waren bis zu 28 Jahre im Gespräch. Herausgekommen ist eine durchschnittliche Verlängerung um 12 Jahre, real dürften es eher 16 Jahre werden. Röttgen versucht, das als politischen Erfolg zu verkaufen. Faktisch aber stellt der Umweltminister mit seiner Zustimmung zum Ausstieg aus dem Atomausstieg unter Beweis, dass sein Wort von der „Brückentechnologie“ pure Volksverdummung ist.

Der Umweltminister hat sich selbst zum Erfüllungsgehilfen der Konzerne degradiert: Die Laufzeitverlängerung verhindert einen schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien, verfestigt das Oligopol der vier großen Energieversorger und behindert einen fairen Wettbewerb auf dem Strommarkt. Die Atomkonzerne können mit 100 Milliarden Euro Zusatzgewinnen rechnen – auf Kosten der Versorgungssicherheit und um den Preis steigender Störanfälligkeit. Als Abteilungsleiter für Reaktorsicherheit ernannte Röttgen ausgerechnet einen früheren Lobbyisten des AKW-Betreibers E.ON.

Verantwortungslosigkeit in der Endlagerfrage

Der Bundestag hat einen Untersuchungsausschuss „Gorleben“ eingesetzt, weil erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit und Wissenschaftlichkeit der Entscheidung der Kohl-Regierung zugunsten dieses Endlagerstandorts bestehen. Trotzdem hat Schwarz-Gelb das rot-grüne Erkundungs-Moratorium für Gorleben aufgehoben. Schon kurze Zeit nach Einsetzung des neuen Untersuchungsausschusses bestätigt sich: Gorleben war politisch gewollt und nie wissenschaftlich abgesichert. Doch Röttgen ignoriert alle Fakten und lässt den Salzstock Gorleben weiter erkunden – ohne Suche nach Alternativen. Gleichzeitig nimmt er mit der Laufzeitverlängerung mindestens 4.500 Tonnen zusätzlichen, hochradioaktiven Atommüll in Kauf – trotz weltweit ungelöster Endlagerfrage.

Energiekonzept – ein umweltpolitischer Offenbarungseid

Das schwarz-gelbe Energiekonzept ist ein umweltpolitischer Offenbarungseid. Ein seriöses Zukunftskonzept müsste Wege aufzuzeigen, wie die Ziele im Bereich Klima und Energie erreicht werden können. Doch statt konkreter Initiativen werden 36 „Prüfungen“ angekündigt. Anspruchsvolle Ziele werden nicht mit entsprechenden Maßnahmen unterlegt. Ein Scheitern ist vorprogrammiert.

Gefährdung der Energiewende und neuer Technologien

In der Energiepolitik vollzieht Schwarz-Gelb eine rückwärtsgewandte Kehrtwende: Die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ist ein Hemmnis für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die radikale Absenkung der Solarförderung gefährdet die Technologieführerschaft Deutschlands, zahlreiche Arbeitsplätze von heute und morgen – und wahrscheinlich sogar die Existenz vieler Betriebe, gerade in Ostdeutschland. Im schwarz-gelben Energiekonzept wird beim Erneuerbaren-Energien-Gesetz an vielen Stellen weiter gezündelt. Das Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien steht nach radikalen Kürzungen vor dem Aus. Auch Förderprogramme für den kommunalen Klimaschutz oder für Mini-Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sind derart zusammengestrichen worden, dass kaum noch Förderanträge gestellt werden konnten.

Etikettenschwindel beim Klimaschutz

Beim Klimagipfel in Kopenhagen hat es die Bundesregierung durch langes Zögern sowohl beim CO₂-Reduktionsziel als auch bei den Finanzierungszusagen versäumt, den Verhandlungsprozess voranzubringen. Mit der Position, Entwicklungshilfegelder mit Klimaschutzmaßnahmen zu verrechnen, hat sich Schwarz-Gelb international blamiert. Verantwortlich ist die Union, allen voran Umweltminister Röttgen. Hinzu kommt: Über 80 Prozent der versprochenen Finanzausgaben von 420 Millionen Euro pro Jahr für den internationalen Klimaschutz werden durch Haushaltstricks künstlich „herbei gerechnet“. Röttgen lässt es zu, dass sich Deutschland beim Klimaschutz international unglaubwürdig macht.

Fazit

Grün reden, schwarz handeln – das ist Norbert Röttgen. Einen Bundesminister für Umwelt und Klimaschutz hat Deutschland unter Schwarz-Gelb nicht. Röttgen ist nur eins: Atomminister.



Die Ohnmächtige

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), Bundesministerin der Justiz

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger galt als Galionsfigur des Bürgerrechtsflügels in der FDP. Bei Amtsantritt verkündete sie, nun werde ein anderer Geist einziehen. Mit großen Worten versprach sie ehrgeizige Projekte. Inzwischen ist es in der Rechtspolitik gespenstisch ruhig geworden. Auf dem Feld der Justizministerin spuken alle möglichen Geister: Innenminister, Finanzminister und Unionsfraktion zerren an jedem Projekt, um es der FDP-Ministerin aus der Hand zu reißen. Ohnmächtig schaut Leutheusser-Schnarrenberger zu, wie andere bestimmen, wo es in der Rechtspolitik lang geht.

Sicherungsverwahrung – sicher ist nichts

Nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ließ die Justizministerin das Bundeskabinett im Juni 2010 Eckpunkte zur Reform der Sicherungsverwahrung beschließen. Aber: Die Ministerin hatte das Problem der Altfälle nicht bedacht – gefährliche Straftäter, bei denen das Gericht zum Zeitpunkt der Verurteilung aufgrund der damaligen Rechtslage noch keine Sicherungsverwahrung anordnen konnte. Aufgrund eines Gerichtsurteils müssen diese jetzt freigelassen werden. Den Weg zu einer Lösung (die Möglichkeit einer „sicheren Unterbringung“) wiesen Innenminister de Maizière und die Union. Doch statt des dringend erforderlichen Gesetzesentwurfs hat Leutheusser-Schnarrenberger wieder nur ein weiteres Eckpunktepapier vorgelegt. Folge: Das Verfahren zieht sich in die Länge. Es ist zu befürchten, dass bis zur Rechtskraft des neuen Gesetzes die meisten der Altfälle bereits auf freiem Fuß sind.

Swift-Abkommen – Betretenes Schweigen der Bürgerrechtsliberalen

Beim Amtsantritt kündigte Leutheusser-Schnarrenberger an, der massenhaften Datenübermittlung Einhalt zu gebieten. Ihr Verhalten in der Praxis aber ist enttäuschend. Beispiel SWIFT-Abkommen,

das US-Sicherheitsbehörden den Zugriff auf grenzüberschreitende Überweisungs-Daten aus der EU sichert: Anfang 2010 schaute Leutheusser-Schnarrenberger ohnmächtig zu, wie CDU-Innenminister de Maizière mit seiner Enthaltung im EU-Ministerrat dafür sorgte, dass die erste Version des Abkommens durchgewunken wurde. Diese Version brachte erst das Europäische Parlament zu Fall.

Im April 2010 beschloss der FDP-Parteitag einen von Leutheusser-Schnarrenberger vorbereiteten Antrag, mit dem die FDP einen präventiven Datenaustausch ablehnte und im SWIFT-Abkommen die Datenübermittlung „in Paketen“ ausschließen wollte. Inzwischen ist das neue Abkommen in Kraft, ohne dass es der Justizministerin gelungen wäre, ausreichende Datenschutzstandards zu verankern.

Insolvenzrechtsreform – Staatssanierung vor Unternehmensrettung

Ohnmächtig beugt sich Leutheusser-Schnarrenberger Plänen von CDU-Finanzminister Schäuble, der durch Änderungen im Insolvenzrecht Gelder für den Fiskus lockermachen will. So soll der Staat künftig bei der Umsatzsteuer, die Krisenunternehmen abführen müssen, bessergestellt werden. Das aber verschlechtert die Chancen für die Sanierung von Unternehmen und für den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Eingetragene Lebenspartnerschaften – Gesten statt Gleichstellung

Ohnmächtig scheitern Leutheusser-Schnarrenberger und die FDP auch bei der Gleichstellung Eingetragener Lebenspartnerschaften an der konservativen Blockadehaltung der Union: Die steuerrechtliche Gleichbehandlung soll gerade so weit vollzogen werden, wie es das Bundesverfassungsgericht explizit vorgeschrieben hat: beim Erbschaftsteuerrecht. Bei der Einkommenssteuer bleiben Lebenspartner benachteiligt. Die gemeinsame Adoption bleibt verwehrt. Ein Referentenentwurf zur Gleichstellung im öffentlichen Dienstrecht hat die Hürde des Kabinetts bisher nicht genommen.

Mietrecht – Klientelpolitik zulasten von Mietern

Ohnmächtig hört die Justizministerin zu, wie Bundeskanzlerin Merkel ankündigt, Vermietern die Möglichkeit zu geben, Investitionen in die energetische Gebäudesanierung künftig in noch größerem Umfang auf Mieterinnen und Mieter abzuwälzen. Folge: Mieter zahlen drauf, Vermieter profitieren von geringeren Sanierungskosten bei steigendem Immobilienwert. Leutheusser-Schnarrenberger schweigt.

Fazit

Die FDP hat sich in der Innen- und Rechtspolitik vollständig abgemeldet. Von einer stolzen Rechtsstaatspartei mit einer kämpferischen Ministerin keine Spur. Die Westerwelle-FDP konzentriert sich auf Steuerprivilegien und Klientelgeschenke. Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger bleibt: die Ohnmächtige.



Der Totalausfall

Kristina Schröder (CDU), Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kristina Schröder hatte mit Familienpolitik eigentlich nichts zu tun. Doch nach dem Rücktritt von Minister Franz Josef Jung (CDU) musste im Kabinett ein Ersatz für den CDU-Landesverband Hessen gefunden werden. Und so wurde die hessische Abgeordnete Schröder über Nacht Familienministerin. Bis heute hat sie keinen Zugang zu ihren neuen Politikfeldern gefunden. Eigene Ideen für eine moderne Gesellschaftspolitik sind nicht erkennbar. Bis heute hat die Ministerin kein einziges Projekt auf den Weg gebracht.

Unsichtbar, untätig, ideenlos

Monatelang glänzte die neue Ministerin durch Abwesenheit. Zu wichtigen Debatten schwieg sie, etwa zur Diskussion über Kinderarmut nach dem Regelsatz-Urteil des Verfassungsgerichts. Dieses Schweigen hat einen Grund: Schröder hat weder Ehrgeiz noch Ideen, um in der Familien-, Senioren-, Frauen- und Jugendpolitik etwas voranzubringen. Familienarmut, Diskriminierung von Frauen, mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Schröder lässt nicht erkennen, ob sie für zentrale gesellschaftspolitische Probleme überhaupt ein Bewusstsein hat. Von weitsichtigen Antworten ganz zu schweigen.

Monatelang versuchte Schröder, sich medial mit dem unausgegorenen Vorschlag eines Pflegezeitzeit-Modells über Wasser zu halten, das mehr Fragen aufwirft als Antworten gibt. Die meisten ihrer wenigen Ankündigungen aber wurden still und leise wieder einkassiert – versprochene Verbesserungen beim Kinderzuschlag ebenso wie beim Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende.

Rückschritt bei der Unterstützung von Familien

Bestes Beispiel für den familienpolitischen Totalausfall ist Schröders Kapitulation beim Elterngeld: Mehrfach versprach sie, das Elterngeld auszuweiten. Dann die 180-Grad-Wende: Schröder stimmte zu, dass das Elterngeld gekürzt und für Langzeitarbeitslose komplett gestrichen wird. Rund 130.000 Familien, darunter etwa 47.000 Alleinerziehende, haben damit im ersten Lebensjahr ihres Kindes 3.600 Euro weniger. Die nicht erwerbstätige Frau eines gutverdienenden Partners erhält weiterhin 300 Euro im Monat. Schröder duldet, dass Familien erster und zweiter Klasse geschaffen werden.

Rückschritt bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung

Der Ausbau der frühkindlichen Betreuung ist der Schlüssel für gleiche Bildungschancen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deswegen hat die SPD in der Großen Koalition Bundesmittel mobilisiert und durchgesetzt, dass ab 2013 alle Eltern einen gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz erhalten, sobald ihr Kind ein Jahr alt ist. Mit den steuerlichen Klientelgeschenken hat Schwarz-Gelb die Finanzprobleme der Kommunen verschärft und diese vor erhebliche Probleme gestellt – auch beim Ausbau der Krippenplätze. Statt nach Lösungen zu suchen, verdrängt Schröder die Probleme und gefährdet die Umsetzung des Rechtsanspruchs. Würde Schröder ihrer Verantwortung gerecht werden, müsste sie dem geplanten, widersinnigen Betreuungsgeld eine Absage erteilen und die dafür vorgesehenen Mittel in die Betreuungsinfrastruktur investieren.

Rückschritt bei der Jugendpolitik

Bundesjugendministerin Schröder stellt die Jugendpolitik aufs Abstellgleis: Ab 2011 soll im Kinder- und Jugendplan des Bundes der Rotstift angesetzt werden. Die Zukunft von zahlreichen jugendpolitischen Initiativen und Projekten sieht düster aus.

Rückschritt beim Kinderschutz

Der Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Gewalt muss höchste Priorität haben. Bis heute hat Schröder weder ein Konzept vorgelegt noch Antworten darauf gegeben, wie sie die Prävention verbessern und Familien stärken will. Auch blendet sie aus, dass starker Kinderschutz nur mit handlungsfähigen Kommunen gelingen kann.

Rückschritt bei der Gleichstellung

Gleichstellungspolitik findet bei Schröder nicht statt. Bei der Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt setzt Schröder auf freiwillige Maßnahmen der Wirtschaft, obwohl jahrelange Erfahrungen mit freiwilligen Zusagen zeigen, dass nur gesetzliche Regelungen gleiche Chancen und gleiche Bezahlung bewirken können. Schröder aber sagt, Frauen seien „selbst daran schuld, dass sie zwar die besseren Noten bekommen, aber nicht die die besseren Jobs“ (Die Zeit vom 22.04.2010).

Fazit

Diskriminierte Frauen, alleinerziehende Mütter, armutsgefährdete Kinder, ältere Menschen oder beruflich belastete Eltern aus der Mittelschicht – sie alle haben in Ministerin Schröder keine Ansprechpartnerin. Die Familienpolitik in Deutschland ist verwaist.



Der Ausweickünstler

Peter Ramsauer (CSU), Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Peter Ramsauer ist ein Ausweickünstler. Er kündigt vieles vollmundig an – und weicht jeder Nachfrage, was daraus geworden ist, aus. Welche Schwerpunkte verfolgt er in der Verkehrs- und Baupolitik? Keine Antwort. Welche Zukunftsstrategie verfolgt er zur Finanzierung der Infrastruktur? Nur nebulöse Aussagen.

Kahlschlag bei Zukunftsinvestitionen in Städten und Gemeinden

Das Sparpaket der Bundesregierung ist für Ramsauer ein Offenbarungseid. Schwarz-Gelb kürzt die Mittel für die Städtebauförderung (Stadtumbau, Stadtentwicklung, Soziale Stadt) und für die energetische Gebäudesanierung um mehrere hundert Millionen Euro. Auch Investitionen der Länder und Kommunen in doppelter Höhe fallen damit aus. Bei Baugewerbe und Handwerk bleiben Aufträge aus. Arbeitsplätze geraten in Gefahr. Die Klimaschutzziele der Bundesregierung sind Makulatur.

Wichtige Verkehrsprojekte in Frage gestellt

Auch die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur werden deutlich gekürzt. Ramsauer hat es zugelassen, dass viele Verkehrsprojekte in Frage stehen. Nebulös verweist er auf Finanzierungsmöglichkeiten unter Beteiligung von privatem Kapital. Das ist zu wenig. Kein einziges Neubauprojekt wird bei Straße und Schiene in den kommenden Jahren begonnen werden.

Anschluss im Schienenverkehr verpasst

Schwarz-Gelb plant, der Deutschen Bahn jedes Jahr eine halbe Milliarde Euro zu entziehen – auf Kosten der ökologischen Zukunftsinvestitionen für die Schiene. Noch zum Jahreswechsel hatte der Ankündigungsminister ein umfangreiches Ausbauprogramm für die Schieneninfrastruktur

versprochen, um das zukünftige Wachstum des Güterverkehrs zu stemmen. Wie diese Ankündigung mit dem Absinken der Investitionsquote zu vereinbaren ist, bleibt sein Geheimnis.

Förderung des Kombinierten Verkehrs am Ende

Im Haushalt 2010 hat Schwarz-Gelb auf einen Schlag über 80 Prozent der Mittel für Investitionen in den Kombinierten Verkehr gestrichen. Die Baukostenzuschüsse an private Unternehmen für Investitionen in den Kombinierten Verkehr wurden halbiert. Ein fatales Signal. Angesichts steigender Transportzahlen wären neue Impulse nötig, um den Kombinierten Verkehr zu stärken.

Schiffahrtspolitik fällt aus

Schiffahrtspolitik findet unter Schwarz-Gelb nicht statt. Ramsauer hat kein schlüssiges Gesamtkonzept für den maritimen Standort Deutschland. Mit der Halbierung der Zuschüsse für die Seeschiffahrt kündigt er einen wichtigen Teil des Maritimen Bündnisses auf. Schwarz-Gelb spielt Schiffe versenken.

Fehlstart Elektromobilität

Die Kanzlerin hat versprochen: Beim Auto der Zukunft soll Deutschland Spitzenreiter werden. Doch die Einrichtung der Gemeinsamen Geschäftsstelle Elektromobilität war ein Fehlstart. Schwarz-Gelb hat keine Konzepte, wie sich die Nachfrage stimulieren lässt und die Industrie verlässliche Anreize erhält, um rasch die Serienproduktion von Elektroautos zu starten. Die Gelder werden gekürzt.

Ramsauer wird zum Stauminister

Deutschland steht im Stau – und die Bundesregierung schaut zu. Rund ein Drittel aller Staus auf Autobahnen werden durch Baustellen verursacht. Dabei kommt es häufig zu gefährlichen Situationen und schweren Unfällen. Nötig wäre ein intelligentes Baustellenmanagement – doch Ramsauer taucht ab.

Der Verkehrslärm bleibt – noch mindestens 30 Jahre

„Verkehrslärm kann krankmachen“, sagt Ramsauer und macht seine nächste Ankündigung: Er will zusätzliche Lärmschutzwände bauen. 50 Millionen Euro stehen dafür im Haushalt bereit. Der Bedarf: 1,5 Milliarden. 30 Jahre würde der Minister so brauchen, um sein Versprechen zu halten. Will Ramsauer die Bürgerinnen und Bürger für dumm verkaufen?

Politik auf Kosten von Mieterinnen und Mietern

Mit dem Sparpaket bittet Schwarz-Gelb Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen zur Kasse: Der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wird gestrichen. Und während die öffentlichen Gelder für die CO₂-Gebäudesanierung gekürzt werden, kündigt die Koalition an, dass Mieter bei der energetischen Sanierung von ihren Vermietern künftig stärker belastet werden dürfen.

Fazit

Peter Ramsauer hat kein glaubhaftes verkehrspolitisches Gesamtkonzept. Der Infrastrukturminister duldet es, dass Investitionen lahmgelegt werden. Der Verkehrsträger Schiene wird geschwächt, ebenso die Schiffahrt. Ramsauer wird seiner Verantwortung als Investitions- und Bauminister nicht gerecht.



Die Ankündigungsministerin

Ilse Aigner (CSU), Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Viel reden, wenig tun – das ist die Verbraucherpolitik von Ilse Aigner. Medienwirksam inszeniert sich die Ministerin mit populären Ankündigungen – und hofft darauf, dass niemand nach Ergebnissen fragt. Dieses Muster zieht sich wie ein roter Faden durch die Politik von Ilse Aigner, der Ankündigungsministerin.

Anlegerschutz – Landung als Bettvorleger

Vor eineinhalb Jahren erklärte Aigner den Anlegerschutz zur Chefsache. Doch erst wurde sie von Finanzminister Schäuble außen vor gelassen, dann das Vorhaben auf Herbst verschoben. Dem nun vorliegenden Gesetzentwurf konnten Lobbyisten fast alle Zähne ziehen: Einen einheitlichen „Beipackzettel“ für Finanzprodukte, der Verbraucherinnen und Verbrauchern einen transparenten Vergleich verschiedener Angebote ermöglicht, wird es nicht geben. Die überfällige Regulierung des grauen Kapitalmarktes wurde komplett verschoben.

Datenschutz – Große Worte, nichts dahinter

Auch beim Datenschutz Aigner übt sich Aigner in medienwirksamer, aber folgenloser Ankündigungsrhetorik: Die von ihr angekündigten Eckpunkte für eine Reform des Datenschutzrechts verschwanden in der Schublade. Beim Thema Google Street View verkündete Aigner „Erfolge“ ohne Substanz. Den SPD-Vorschlag für ein Unterlassungsklagerecht für Verbraucherverbände auch im Bereich des Datenschutzes hat die Union bereits im vergangenen Jahr verhindert.

Lebensmittelampel – Politik gegen den Willen der Verbraucher

Kinderärzte, Krankenkassen und 80 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher wollen eine transparente Ampelkennzeichnung von Nährwerten mit Rot, Gelb oder Grün. Aber Aigner und die schwarz-gelben Abgeordneten in Brüssel verhinderten eine leicht verständliche Kennzeichnung von Salz-, Zucker- und Fettgehalt und machten sich stattdessen die Verschleierungstaktik der Lebensmittelindustrie zu eigen. Gerade Fertigprodukte wie Tiefkühlpizzen sind für den Verbraucher damit nicht auf einen Blick vergleichbar.

Verschleppung und Intransparenz beim Verbraucherinformationsgesetz

Das Verbraucherinformationsgesetz muss reformiert werden, um Verbraucherinnen und Verbrauchern mehr Transparenz und einen leichteren Zugang zu Verbraucherinformationen zu ermöglichen. Die Vorschläge der Experten liegen seit Frühjahr auf dem Tisch. Aber Ministerin Aigner legt keinen Gesetzentwurf vor und verhindert einen transparenten Diskussionsprozess: Koalition und Verbände trafen sich im Aigner-Ministerium – ohne die Opposition. Eine Anhörung im Bundestag versuchte Schwarz-Gelb mit Verfahrenstricks zu verhindern. Aigners Bereitschaft zur Verbesserung der Verbraucherinformation wird immer fragwürdiger.

Lobby- statt Verbraucherinteressen bei der Gentechnik

Vor der Bundestagswahl hatte Aigner versprochen, sich für gentechnikfreie Regionen einzusetzen. Nach der Wahl lehnte sie in Brüssel einen Vorschlag ab, der die gentechnikfreien Regionen hätte absichern können. Auf Druck der Futtermittelhersteller und ihrer Lobbyisten will Aigner die Nulltoleranz für nicht zugelassene Gentechnisch Veränderte Organismen (GVO) aufgeben und einen Schwellenwert für Lebensmittel, Futtermittel und Saatgut zulassen. Deutschland stimmt für die Zulassung weiterer Genmaissorten und die Industriekartoffel Amflora. Und das Anbauverbot für MON810-Mais kann schon im nächsten Jahr fallen.

Viele Ankündigungen – Keine Ergebnisse

Die Liste der ergebnislosen Ankündigungen von Ministerin Aigner ist lang. Seit einem Jahr kündigt Aigner eine so genannte „Button-Lösung“ gegen Kostenfallen im Internet an, d. h. ein verpflichtendes Bestätigungsfeld für digitale Vertragsabschlüsse. Geschehen ist nichts. Im Dezember 2009 forderte Aigner, Bußgelder aus Kartellverfahren für den Aufbau einer Verbraucherstiftung zu verwenden. Passiert ist nichts. Im März 2010 polterte Aigner gegen hohe Abhebegebühren an Fremddautomaten. Die Gebühren bleiben hoch - und Aigner untätig. Pressewirksam versprach sie eine EU-Initiative, um Kinderspielzeug sicherer zu machen. Doch zur Ratssitzung in Brüssel schickte sie nicht einmal einen Staatssekretär – und signalisierte: Mir ist die Gesundheit von Kindern nicht wichtig.

Fazit

Für Verbraucherinnen und Verbraucher war das erste Jahr Schwarz-Gelb ein Jahr der leeren Gesten und der Kapitulation vor den Interessen einflussreicher Lobbyisten. Ministerin Aigner arbeitet nicht für den Schutz der Bürgerinnen und Bürgern, sondern betreibt aktive Klientelpolitik. Verbraucherinnen und Verbraucher haben unter Schwarz-Gelb keine politische Vertretung mehr.



Der Abwicklungsminister

Dirk Niebel (FDP), Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Amtsantritt von Dirk Niebel stand unter keinem guten Stern. Jahrelang hatte der frühere FDP-Chefideologe Niebel in „Sparbüchern“ seiner Partei gefordert, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aufzulösen. Nun bekam Niebel den Posten zugeschoben, den er Wochen zuvor noch abschaffen wollte. Schnell zeigte sich: Niebel hat die Abwicklung der deutschen Entwicklungspolitik nicht aufgegeben. Nun betreibt er sie „von innen“.

Nationaler Attentismus statt globaler Strukturpolitik

Schwarz-Gelb sabotiert den erfolgreichen multilateralen Ansatz deutscher Entwicklungszusammenarbeit. Wenn es nach Niebel geht, sollen vor allem bilaterale Projekte mit aufgesetztem deutschem Fähnchen gefördert werden. Doch moderne Entwicklungszusammenarbeit muss über nationale Alleingänge hinausgehen, sich mit internationalen Partnern koordinieren und das Ziel einer globalen Strukturpolitik verfolgen, die die Stärken der Zielländer fördert und zu einer nachhaltigen sozialen und ökonomischen Aufwärtsentwicklung beiträgt. Niebel fällt hinter diesen Anspruch weit zurück. Er stellt deutsche Außenwirtschaftsinteressen in den Vordergrund.

Haushaltspolitische Abwicklung und Bruch internationaler Zusagen

Die Finanzplanung bis 2014 offenbart Niebels Desinteresse an seinen Aufgaben: Ab 2012 sinken die Entwicklungsgelder deutlich. Vom international vereinbarten Ziel, bis 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, hat sich Schwarz-Gelb verabschiedet. Niebel sieht gleichgültig zu, wie Entwicklungspolitik verkümmert – und Deutschland internationale Zusagen bricht. Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen hat Schwarz-Gelb faktisch aufgegeben. Ebenso die deutsche Vorreiterrolle beim Klimaschutz: In

Kopenhagen versprach Kanzlerin Merkel dafür 420 Millionen Euro. Nur ein Sechstel davon stellte sie anschließend zusätzlich bereit. Was von Schwarz-Gelb auf internationaler Bühne in großer Pose verkündet wird, wird im politischen Alltag stillschweigend wieder einkassiert.

Ablenkungsmanöver: Etikettenwechsel zur Reform aufgeblasen

Niebel plant eine Fusion von GTZ, InWent und DED. Er preist das als große Reform. Reine Augenwischerei: Das Konzept lässt viele Probleme ungelöst. Die künstliche Unterscheidung zwischen finanzieller und technischer Zusammenarbeit – ein Bremsklotz deutscher Entwicklungspolitik – wird nicht überwunden. Die Frage nach einem gemeinsamen entwicklungspolitischen Leitbild bleibt unbeantwortet. Damit wurde auch die Chance für eine inhaltliche Diskussion um die zukünftige Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vertan.

Vetterwirtschaft und verantwortungslose Personalpolitik

Die völlig grundlose Absetzung von Eckard Deutscher als Vorsitzender des OECD-Entwicklungsausschusses ist ein schwerer Rückschlag für das internationale Ansehen Deutschlands. Hier wird von Niebel eine angesehene Persönlichkeit aus parteipolitischen Motiven „abgesägt“. Kein internationaler Partner hat dafür Verständnis. Was Niebel in seinem Ministerium kurz nach der Bundestagswahl begann, setzt er nun auf internationaler Ebene fort: Ausgewiesene Experten werden geschasst, internationaler Einfluss aufgegeben. Gleichzeitig wird das Entwicklungshilfeministerium mehr und mehr zur Versorgungsanstalt für altgediente FDP-Funktionäre.

Behinderung des zivilen Aufbaus in Afghanistan

In Afghanistan behindert Niebel den zivilen Aufbau. Mitte 2010 gab er bekannt, nur noch solche Hilfsorganisationen in Afghanistan unterstützen zu wollen, die künftig mit der Bundeswehr kooperieren. Völlig zu Recht wird dieser Vorstoß von allen Hilfsorganisationen abgelehnt. Wenn die Hilfsorganisationen dabei sogar von Erpressung und Nötigung sprechen, zeigt das, wie viel gewachsenes Vertrauen Niebel in den vergangenen Monaten in der Entwicklungspolitik bereits zerstört hat.

Fazit

Niebel hat das hohe Ansehen deutscher Entwicklungszusammenarbeit binnen kürzester Zeit herunter gewirtschaftet. Seine Aufgabe ist ihm bis heute fremd geblieben. Unter seiner Führung ist das Entwicklungsministerium von einem starken, eigenständigen Ressort zu einer Art Unterabteilung „Außenwirtschaftsförderung“ von Auswärtigem Amt und Bundeswirtschaftsministerium geschrumpft. Erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit braucht Menschen, die sich gegen Hunger und Armut in der Welt engagieren wollen. Dirk Niebel gehört nicht dazu. Er wickelt ab, was deutsche Entwicklungszusammenarbeit erreicht hat.



Schwarz-Gelber Atomdeal gegen die Bürgerinnen und Bürger

Mit der Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken verteilt Schwarz-Gelb Milliarden-geschenke an vier große Energiekonzerne. Union und FDP vollziehen eine rückwärtsgewandte Kehrtwende in der Energiepolitik, hemmen den Ausbau Erneuerbarer Energien, nehmen Sicherheitsrisiken in Kauf und sorgen für 5.000 Tonnen zusätzlichen Atom-müll – bei immer noch ungelöster Endlagerfrage.

Faltblatt, Oktober 2010

Ein Jahr Schwarz-Gelb: Ein verlorenes Jahr für Deutschland

Das Faltblatt zieht eine Zwischenbilanz der Politik von Union und FDP. Das erste Jahr Schwarz-Gelb war ein Jahr der Klientelpolitik, der sozialen Spaltung – und der verpassten Chancen.

Faltblatt, Oktober 2010

Weitere kostenlose Veröffentlichungen:

SPD-Bundestagsfraktion
 Öffentlichkeitsarbeit
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Telefon (0 30) 227-5 71 33
 Telefax (0 30) 227-5 68 00
www.spdfraktion.de





WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MDB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
TEXT & REDAKTION: ALEXANDER AMERSBERGER, NICOLA HELLER, STEFAN HINTERMEIER, OLIVER SCHMOLKE

ERSCHIENEN: OKTOBER 2010

© **FOTOS:** PICTURE-ALLIANCE/DPA - BILDFAK

UMSCHLAGGESTALTUNG: CHRISTIANE BEYER

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER
INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG
VERWENDET WERDEN.